

Gemeinsam Bauen

N°13 | Juni 2022

Der Gast

Roberto Schmidt
Staatsrat

Bildung

EBA, eine doppelt gute Idee

Technik

Was wäre, wenn die Autobahn in
Fully Strom produzieren würde?

Dossier

Abfallmanagement, im Wallis ein schwer zu lösendes Problem

Eine Veröffentlichung des Walliser Baumeisterverbandes

04 — In Küze

Infos und Zahlen

06 — Dossier

Abfallmanagement
im Baugewerbe

14 — Historisches

Dieses Wallis, das nie
existierte

16 — Der Gast

Roberto Schmidt
Staatsrat

20 — Zoom WBV

Bilanz von Alain Métrailler

22 — Technik

Solarpanels auf
der Walliser Autobahn



22



24



06



16

24 — Bildung

EBA, eine doppelt gute Idee

26 — Expertenmeinung

3 Fragen an die Experten
des WBV

28 — Sicht von oben

Abriss der Tamoil-Raffinerie
in Collombey-Muraz

Impressum

Grafische Gestaltung

Boomerang Marketing SA, Siders

Redaktion

Thomas Pfefferlé und WBV

Übersetzung

Jörg Abgottspön

Photographie

Olivier Maire / Studio54

Druck

Ronquoz Graphix SA, Sitten

«Ausnahmsweise kommt das Licht aus Zürich»

W

ie passt diese Redewendung «Lumen venit Turico» in eine Zeit, in welcher

der WBV durch eine differenzierte grafische Identität auf sich aufmerksam macht, eine unabhängige und gezielte Kommunikationsstrategie pflegt und seine Vision und Philosophie vertritt – indem er insbesondere eine von der Walliser Regierung begrüßte Vereinbarung mit den Sozialpartnern unterzeichnet – und in der gleichzeitig die unterschiedlichen Ansichten des WBV und des SBV in Bezug auf das Führungssystem, die Grund – oder Weiterbildung, den Badge und seinen Inhalt, den Regiesatz sowie die Interessen der Mitglieder offenkundig sind? Der Titel dieses Edito dient als Einführung zu meinen Ausführungen über unseren abtretenden Präsidenten, Alain Métrailler. Dieser Satz war die Antwort unseres Präsidenten auf das Geschenk des SBV in Form einer einfachen mit dem SBV-Stempel beschrifteten Baustellenlampe zum 100-jährigen Bestehen unseres Verbands. Welche Treffsicherheit in der Antwort und welche schlagkräftige Bilanz in diesen wenigen Worten! Von diesem wachen Verstand, diesen Geistesblitzen und dieser Schlagfertigkeit liess uns Alain Métrailler während 16 Jahren, davon 8 Jahre als Präsident, profitieren. Mit viel Einsatz und Innovationsgeist führte er seine Truppen auf römische Art, aus der ersten Reihe. Er scheute keine Konfrontation zum Wohl der Branche

Der WBV ist zu einem anerkannten Kompetenzzentrum geworden.



und leitete er auch die 2. Revolution des WBV ein. Wir erinnern uns: Während der 1. Revolution im Jahr 2000 wurde DAS Mitglied ins Zentrum der Bemühungen gestellt. So stattete sich unser Verband mit ständigen Sekretariaten aus (Arbeitgebersekretariat, Sekretariate für Berufsbildung und Technik), deren Dienstleistungen nicht mehr unter Beweis gestellt werden müssen und die heute eine Legitimität und eine bedeutende Unterstützung sicherstellen. Die 2. Revolution konzentrierte sich vorerst auf die Klischees, die dem Beruf immer noch anhafteten, auf die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Qualifikation und die vielseitige Tätigkeit des WBV sowie auf seinen Beitrag innerhalb des Kantons Wallis und seine Verantwortung im Hinblick auf die künftigen Herausforderungen. Dabei darf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Beruf nicht vergessen werden, die mit einer professionellen Kommunikation über alle Instanzen hinweg erreicht wurde. Ein anderes wesentliches Ziel des WBV betraf die Öffentlichkeit, die Kundinnen,

Kunden sowie die Jugendlichen. Mit Sensibilisierungsmassnahmen vor Ort wollte der Verband seine Visibilität verstärken. Waren diese Aufträge von Erfolg gekrönt? Die Reform auf jeden Fall! Durch die Dynamik dieser Aktionen wurde der WBV zu einem anerkannten Kompetenzzentrum. Hingegen betonte ich 2019 auch, dass sich innerhalb von 100 Jahren in Bezug auf das öffentliche Beschaffungswesen, den Nachwuchs, den Regiesatz, das politische Lobbying, alles und nichts verändert habe. Die Herausforderungen bleiben gross: In Zukunft muss die Basis konsolidiert werden. Zudem ist die Weiterführung der Arbeit unentbehrlich, um die anvisierten Verbesserungen zu erreichen. Um auf den Titel zurückzukommen: Im Licht der Sonne meinen wir, die Welt in ihrer Gesamtheit sehen zu können. Sobald die Nacht anbricht, entdecken wir aber noch andere... und ebenso leuchtende Wunder! So etwas wie Yin und Yang.

Serge Métrailler
Direktor WBV

Stellungnahmen

Teilrevision des Strassengesetzes: Pragmatismus und Klarheit

Die Revision, die zu Beginn des Jahres von der Dienststelle für Mobilität präsentiert wurde, zeugt vom Willen zur Reform und zur Harmonisierung der Grundsätze für die Aufteilung der Finanzierung der betroffenen Infrastrukturen zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Auch die Gleichbehandlung der Gemeinden wird eingeführt, was schliesslich für alle Akteure zu einer besseren Übersicht führen kann.

Eidgenössisches CO2-Gesetz: für eine stärkere Finanzierung des Gebäudeprogramms!

Aufgrund der Ablehnung des CO2-Gesetzes durch das Volk im Juni 2021 schlug der Bund, der die auf internationaler Ebene eingegangenen Verpflichtungen einhalten muss, eine leichtere Gesetzänderung vor. In Absprache mit den nationalen Dachverbänden setzte sich die Bauwirtschaft sowohl bei der finanziellen Unterstützung als auch bei der Modernisierung des Immobilienparks für eine starke Verpflichtung des Bundes ein.



Seminar bauenwallis - HES-SO

Am 6. April 2022 fand in den brandneuen Gebäuden der HES-SO Valais/Wallis in Sitten das erste von der Hochschule und von bauenwallis gemeinsam organisierte Seminar statt. An zwei Podiumsdiskussionen wurden das Thema «Forschung und Wirtschaft: gemeinsam die Widerstände überwinden?» sowie verschiedene Formen der «Partnerschaft zwischen Bauwirtschaft und Forschung» behandelt. Der Hauptzweck der Veranstaltung bestand in der Kontaktaufnahme zwischen Unternehmern oder Firmeninhabern und Forscherinnen und Forschern. Mehr als 100 Personen folgten der Einladung, mit der eine dauerhafte Partnerschaft initiiert werden sollte. Ein Forschungsprojekt in Zusammenhang mit der Begrünung von Gebäuden und eine Bachelor-Arbeit wurden ebenfalls präsentiert. Dabei war festzustellen, dass enge Beziehungen geknüpft werden könnten.

Agenda

September 2022

**Golf Open und Garden
Party von bauenwallis**
Freitag 23. September
Golf Club, Sitten

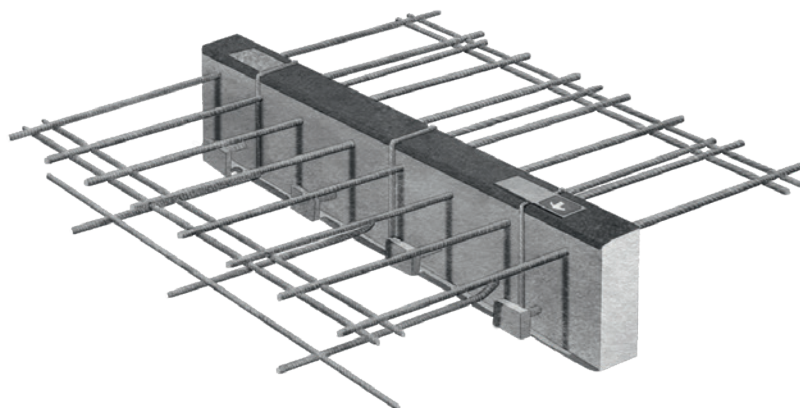
Oktober 2022

**WBV-
Herbstgeneralversammlung,**
Mittwoch 5. Oktober
CERM, Martinach

Präsidentenkonferenz
Mittwoch 5. Oktober
Bern

November 2022

**SBV-
Delegiertenversammlung**
Donnerstag und Freitag
10.-11. November
Lugano



Die Definition

Kragplattenanschluss (isoliert)

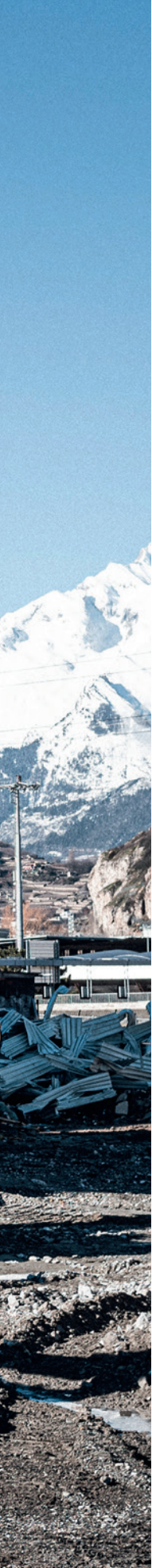
Verbundelement aus
Betonstahlfachwerk und
Wärmedämmung zur
Verhinderung der Kältebrücke
zwischen auskragenden Bauteil
(Balkon) und Gebäude.

39

Das ist die Zahl der Neudiplomierten, die in diesem Jahr ihr Zertifikat erhielten: 20 Vorarbeiter und 9 Poliere aus dem französischsprachigen Wallis sowie 9 Vorarbeiter und 1 Polier aus dem Oberwallis. Charly Grand aus Törbel wurde im Übrigen mit dem Preis für die schweizweit beste Meisterprüfung zum Baumeister ausgezeichnet.



Fotos im Dossier: Abriss der Zentrale Casino in Sitten, 2020



Aushubmaterial und Bauabfälle: im Wallis ein schwer zu lösendes Problem

Das Management der Bauabfälle und des Aushubmaterials sind zwei der grössten Herausforderungen der Bauwirtschaft. Auf den ersten Blick ist die globale Situation im Wallis recht gesund. Aber es wird immer schwieriger, die Nachhaltigkeit und das richtige Abfallmanagement miteinander in Einklang zu bringen; vor allem wenn man die Beschleunigung im Baugewerbe berücksichtigt.

Ein Leitfaden der guten Praxis zur Unterstützung der Akteure der Bauwirtschaft

Die Praxishilfe zur Verwendung mineralischer Recyclingbaustoffe ist 2016 vom WBV in Zusammenarbeit mit dem Kanton und dem Verband der Walliser Kies- und Betonindustrie veröffentlicht worden. Sie bietet Zugang zu den Normen und ökologischen Lösungen der Bauwirtschaft. Das Werk ist mit Experten der verschiedenen Branchen der Materialaufbereitung erarbeitet worden und wird regelmässig aktualisiert, um den neusten Entwicklungen in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Es handelt sich um einen ersten ermutigenden Schritt im Hinblick auf die Übernahme der Verantwortung des Sektors für seine Tätigkeiten, der sich allmählich beachtlich auswirkt. «Diese Wegleitung, die für Bauherren, Architekten, Gemeinden und Unternehmen bestimmt ist, hat bereits konkret die Sensibilisierung der Bauherren im öffentlichen Beschaffungswesen ermöglicht», betont Raoul Zengaffinen, der an ihrer Ausarbeitung mitgewirkt hat.



Den Leitfaden mithilfe des QR-Codes herunterladen

Die Bauwirtschaft wird durch die immer schneller aufeinander folgenden Baustellen angekurbelt und sieht sich dadurch mit wichtigen nachhaltigen Herausforderungen konfrontiert. Wie kann man die riesigen

Mengen an Aushubmaterial und die Abfälle der Baustellen vermehrt aufbereiten, damit die Branche ihre Schlüsselrolle in der Nachhaltigkeitsproblematik festigen kann?

Eine zentrale Frage, die sowohl Unternehmen als auch Gemeinden und die Politik beschäftigt. Um das logistisch-wirtschaftliche Problem zu analysieren, beginnen wir mit dem, was recht gut funktioniert: Baustellenabfälle wie Abbruchbeton können bereits aufbereitet werden, wie Lionel Lathion, Präsident der Schweizerischen Kies- und Betonindustrie, festhält.

«Die Bauunternehmen sind sich in der Tat alle der Herausforderungen in Zusammenhang mit der Wiederverwertung dieser Materialien bewusst. Gleichzeitig tut der Kanton sein Bestes, um die Gemeinden im Rahmen der Richtlinien in Bezug auf die Raumplanung und die mögliche Ansiedlung von Aufbereitungszentren zu begleiten.»

Dasselbe gilt für die nicht recycelbaren mineralischen Abfälle, die auf Deponien des Typs B gelagert werden müssen. Die Inertstoffe wie Ziegelsteine, Glas oder Gips müssen nämlich zu diesen Deponien transportiert werden, damit sie dort in kontrollierten Zonen eingelagert werden können. «Eine Deponie des Typs B hat zahlreiche Normen in Bezug auf den Bau und den Standort einzuhalten. Unter anderem muss sie ausserhalb der Wasserschutzzonen eingerichtet werden und über ein Abdichtungs- und Drainagesystem verfügen, mit dem das Abflusswasser aufgefangen und kontrolliert werden kann», ruft Lionel Lathion in Erinnerung. Im Wallis erschwert zudem die Topografie die Ansiedlung dieses Typs von Deponien. Trotzdem bestehen genügend Zentren, um den Bedarf der Unternehmen abzudecken. Ausserdem sind die Preise im Vergleich zur übrigen Schweiz relativ tief. Paradoxerweise stellen die sogenannten sauberen Abfälle wie nicht verunreinigtes und nicht wiederverwertbares Aushubmaterial das grösste Problem dar. Obwohl ein Teil dieses Aushubmaterials je nach Qualität als Aufschüttung oder Kiessand recycelt werden kann, ist ein grosser Teil davon nicht mehr verwertbar und muss deshalb auf den



Deponien des Typs A gelagert werden. Leider gibt es nicht genügend Deponien dieses Typs und die Gemeinden, in denen solche bestehen, versuchen den Zutritt für Unternehmen in ihrer Region zu beschränken.

Fehlende Alternativen

«Für ein Unternehmen kann es schwierig sein, ein gewisses Volumen an Aushubmaterial korrekt zu entsorgen», erläutert Lionel Lathion. «Da es im Oberwallis und auch auf dem übrigen Kantonsgebiet nur wenige Deponien des Typs A gibt, müssen lange Transportwege in Kauf genommen werden. Das wirkt sich auch auf die Kosten aus. Eine andere Möglichkeit ist die Benutzung der Deponien des Typs B. Aber auch hier sind die Kosten hoch, da diese Zentren für komplexere Abfälle eingerichtet sind. Mit diesem Material wird in den spezifischen Deponien unnötig wertvoller Platz besetzt.»

Der Sektionschef Oberflächengewässer und Abfälle in der Dienststelle für Umwelt, Thierry Pralong, ist

derselben Ansicht. «Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass insbesondere in der Rhoneebene zwischen Martinach und Brig Deponien des Typs A fehlen. Im Rahmen des kantonalen Richtplans haben wir verschiedene Zonen festgelegt, darunter ehemalige Steinbrüche, in denen wir neue Deponien einrichten könnten. Wir intensivieren unsere Kontakte mit den Eigentümern, um die Inbetriebnahme dieser Deponien zu beschleunigen.»

Umgestaltung des Geländes, eine begrenzte Lösung

Unter den Lösungen für die Bewirtschaftung des Aushubmaterials befindet sich auch die Möglichkeit einer Bodenverbesserung. Es handelt sich um eine interessante Massnahme, sofern diese Umgestaltungen zum Beispiel den Betrieb von landwirtschaftlichen Flächen optimieren oder Hochwasserzonen sichern.

«Auch hier muss man mit rechtlichen und logistischen Herausforderungen jonglieren. Die Standorte müssen

von den kantonalen Behörden für diese Art von Nutzung genehmigt werden und sollten sich vor allem in der Nähe der betroffenen Unternehmen befinden», fügt Lionel Lathion an. «Es besteht auch ein Planungsproblem. Im Laufe der Jahre werden immer mehr Projekte der Bodengestaltung realisiert. Entsprechend reduziert sich die Zahl der potenziellen Standorte unabhängig vom Volumen des Aushubmaterials, das die Unternehmen laufend entsorgen müssen.»

Der Kanton kennt das Problem und hat ein Kompetenzzentrum für den Boden eingerichtet, das Zonen festlegen soll, die verbessert werden könnten. Gegenwärtig wird ebenfalls eine Vollzugshilfe ausgearbeitet, um die Unternehmen und Gemeinden zu betreuen. Es ist auch versucht worden, die Verfahren für kleine Mengen guter Erde (weniger als 5000 m²) zu vereinfachen. Leider hat diese Art von pragmatischen Entscheidungen noch oft mit der buchstabengetreuen Umsetzung von manchmal widersprüchlichen administrativen Bestimmungen zu kämpfen.

Aufruf an den Kanton

Raoul Zengaffinen, Unternehmer, Vizepräsident des WBV und Präsident der technischen Kommission des Verbands, ist der Ansicht, dass der Kanton eine noch autoritärere Politik betreiben könnte, um die Umsetzung der von der Eidgenossenschaft empfohlenen guten Praxis zu fördern. Zwar besteht in der Schweiz ein klarer politischer Wille, den Sektor der Bauwirtschaft in die Verantwortung zu nehmen, um seinen ökologischen Fussabdruck zu reduzieren, aber dieser Wille muss auch noch konkret umgesetzt werden können.

«In Berücksichtigung der technischen Kapazitäten, über die wir für das Recycling von Materialien wie Abbruchbeton, Kiessand oder bituminösen Stoffen verfügen, ist festzustellen, dass die Anforderungen und Anreize der aktuellen Normen nicht genügen. Um die Situation zu verbessern, müssen sämtliche Akteure rund um den Sektor der Bauwirtschaft wie Bauherren, Architekten,

**«Die Anforderungen und Anreize
der aktuellen Normen genügen
nicht.»**



Unternehmen und Gemeinden aktiv sensibilisiert werden. Zudem ist es meines Erachtens unentbehrlich, dass man die Benutzung von recyceltem Material in grösserem Ausmass fordern und kontrollieren kann.»

Für Thierry Pralong von der Dienststelle für Umwelt stimmt eine zusätzliche Einschränkung der Unternehmen nicht unbedingt mit der vorherrschenden liberalen Politik in der Schweiz überein. «Die Wirtschaftsakteure verlangen oft mehr Freiheit und Handlungsspielraum in ihrer Tätigkeit. Wir sind eher der Ansicht, dass sich der Markt selbst regulieren soll. Allerdings sind wir bereit, andere Kontrollinstrumente zu entwickeln und anzubieten, wenn es für eine stärkere Nachhaltigkeit der Branche erforderlich sein sollte.»

Wirtschaftliche Hebelwirkung

Abgesehen von ihrem positiven Aspekt würde die von Raoul Zengaffinen bevorzugte Politik mit vermehrten Anreizen und verbesserter Koordination auch und vor allem eine Reduktion der Preise der recycelten Materialien ermöglichen. Gegenwärtig sind die ökologischen Alternativen nämlich noch eine Randerscheinung und wirtschaftlich nicht immer konkurrenzfähig. In grosser Menge könnten diese Alternativen jedoch eine Hebelwirkung auf die Preise generieren und so die Unternehmen dazu motivieren, sich für diese Art von Lösungen zu entscheiden.

«Tatsächlich stellen wir fest, dass gewisse Recyclingbereiche bereits konkurrenzfähiger sind als die üblichen Lösungen», bestätigt der Unternehmer. «Dies ist insbesondere bei der Benutzung von recyceltem Kiessand für den Strassenbau der Fall, dessen Preis gleich hoch oder sogar tiefer liegt als derjenige von natürlichem Kiessand. Und wir sprechen hier noch nicht von den Einsparungen durch die geringeren Deponiekosten. Gegenwärtig führt der Mangel an Deponien für die Unternehmen nämlich zu Komplikationen und hohen Kosten. Auch hier wird eine bessere Organisation zwischen dem Kanton und den Gemeinden unentbehrlich und sogar dringend, damit mehr Deponien zur Verfügung stehen und diese besser auf dem gesamten Gebiet verteilt sind.»

Innovative Materialien, eine ermutigende Option

Wenn man nicht weiss, wie das Aushubmaterial entsorgt werden kann, weshalb nicht versuchen, es für etwas anderes zu nutzen? Das ist die Frage, die sich das Genfer Unternehmen Terrabloc gestellt hat. Seine Idee: dieses Material zu Lehmsteine für die Bauwirtschaft verarbeiten. Es handelt sich um ein innovatives Verfahren, dessen Mehrwert viel zur Lösung der Umweltproblematik des Sektors beitragen könnte.

Die Innovation von Terrabloc beruht auf einem ziemlich alten Prinzip: mit Erde bauen. Und angesichts der Beschleunigung der Bautätigkeit steht gegenwärtig sehr viel Erde zur Verfügung. Statt das Material mit dem Lastwagen auf die Deponie zu bringen – was gleichzeitig teuer und nicht nachhaltig ist –, schlägt das Genfer Unternehmen vor, dieses zu komprimieren, mit wenig Wasser und einem geringen Anteil an Zement (weniger als 5 %) zu mischen und daraus «Ziegelsteine» aus Lehm zu formen. Das ausgereifte und industrialisierte Verfahren von Terrabloc ermöglicht sogar den Bau von tragenden Mauern. Das ökologische Produkt wird für den Westschweizer Markt in Partnerschaft mit dem Unternehmen Cornaz in Allaman hergestellt. In Genf sind mit diesem Material bereits grosse Projekte wie zum Beispiel die Renovation des Grand-Théâtre realisiert worden.





Vervielfachung der Nutzung statt Lagerung

Eine der Hauptlösungen für das Transport – und Lagerproblem des Aushubmaterials besteht also in seiner Wiederverwertung. Abgesehen von der bestehenden Aufbereitung des Abbruchbetons und des Kiessandes bleibt das Problem der Wiederverwertung des Feinmaterials aus verschiedenen Recyclingverfahren weiterhin aktuell.

«Dabei gibt es Lösungen», erläutert der Unternehmer Gaëtan Reynard, Vizepräsident des WBV. «Diese Materialien könnten zum Beispiel eingesetzt werden, um die Rohre der Wasser- und Gasnetze sowie der Fernheizungen zu ummanteln. Wir haben im letzten Jahr mit der Recyclingfirma Sorec versucht, diese Vorgehensweise zu lancieren. Heute wird für dieses Verfahren noch gewaschener Sand benutzt. Dieser noble Rohstoff ist für die Herstellung von Beton bestimmt. Es ist schade, dass es so schwierig ist, die Gewohnheiten zu ändern. Niemand scheint dazu bereit zu sein, die Verantwortung für diese neuen Möglichkeiten zu übernehmen, die sich uns bieten. In diesem Rahmen müssen die Normen und Richtlinien dringend angepasst werden, damit die Akteure der Bauwirtschaft die mit neuester Technik hergestellten nachhaltigen Materialien benutzen können.»

Walliser Versuch

Nachdem Terrabloc das Tiefbauunternehmen Évéquoz SA in Conthey kontaktiert hatte, setzte dieses Unternehmen 2018 das Material in verschiedenen Walliser Projekten ein. «Für die Akteure der Bauwirtschaft ist es wichtig, sich den nachhaltigen Alternativen zu öffnen, die gegenwärtig entwickelt werden», erläutert die Direktorin Laurence Gaillard-Quennoz. «Mit Holz und innovativen Projekten wie demjenigen von Terrabloc ist es heute möglich, die vorherrschende Nutzung von Beton zu hinterfragen.»

Gegenwärtig befindet sich die Zusammenarbeit Terrabloc – Évéquoz im Standby. Trotzdem handelt es sich um einen ersten vielversprechenden Kontakt mit dem Walliser Wirtschaftsgefüge. Mit seiner Strategie weckte das Unternehmen aus Conthey zudem das Interesse mehrerer Architekten aus dem Wallis. Diese bilden ein wichtiges Glied in der Kette der Förderung nachhaltiger Materialien in Neubauten. Jetzt müssen noch zusätzliche Akteure der Bauwirtschaft für diese Materialien sensibilisiert werden, um den Preis dieser Ziegelsteine zu senken. Sie sind nämlich gegenwärtig noch 20 bis 30 % teurer als die klassischen Produkte. Dieses wirtschaftliche Hindernis ist allerdings klein, da das Verfahren ermöglicht, die Kosten für den Transport des Aushubmaterials zur Deponie zu senken oder gar zu vermeiden.

Dieses Wallis, das nie existierte: ein Hotel auf einem Staudamm





Visionär, ehrgeizig, unrealistisch, vollkommen verrückt: Unser Kanton gab aufgrund seiner geografischen und wirtschaftlichen Eigenheiten schon immer Anlass zu aussergewöhnlichen Ideen oder besonderen Projekten, insbesondere im Bereich der Infrastrukturen. Allerdings wurden nicht alle Pläne realisiert. Ein Beispiel dafür ist das Projekt eines Hotels auf dem Staudamm von Emosson, das der Architekt Basile Zufferey 2012 entworfen hatte, und das im Jahr 2020 definitiv aufgegeben wurde.

Dieses Hotel sollte zum «touristischen Wiederaufschwung» von Finhaut führen. Die Gemeinde war früher ein beliebter Ferienort der Aristokraten.

Das Museum von Bagnes widmete 2015 diesem «Valais qui n'a jamais existé» eine Ausstellung. Man konnte dort die Pläne eines Tunnels unter dem Rawyl oder einer Eisenbahn, welche die Touristen fast bis auf den Gipfel des Matterhorns bringen sollte, bewundern!



«Das Wallis ist von den energetischen und klimatischen Veränderungen stark betroffen»

Der Klimawandel stellt für den Kanton eine bedeutende Herausforderung dar. Er geht ein grosses Risiko ein, wenn er die Energiewende nicht erfolgreich umzusetzen vermag. In dieser Hinsicht spielt die Bauwirtschaft eine Schlüsselrolle. Der Vorsteher des Departements Finanzen und Energie, Roberto Schmidt, analysiert die Situation und stellt sie detailliert vor.



Kenn- zahlen

- **+100 Jahre:** die Zeit, welche beim aktuellen Rhythmus zur energetischen Renovation aller älteren Wohnungen notwendig ist
- **40 %:** Anteil der von Wohnungen verbrauchten Energie
- **50 %:** Reduktion des energetischen Fussabdrucks nach der Sanierung der 3500 Mietimmobilien über 800m²
- **500 Millionen:** die nächsten Investitionen über den Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung von staatlichen Immobilien (Fonds FIGI) für die Zukunft des kantonalen Immobilienparks

Die Problematik der Klimaerwärmung betrifft zwar die gesamte Weltbevölkerung,

gewisse Regionen sind jedoch direkter und rascher davon betroffen als andere. Im Wallis befinden sich die Gletscher als wertvolles Naturgut in einem labilen Zustand. Die grössten Herausforderungen: die Wasserversorgung der Bevölkerung, die Sicherstellung der Wasserkraft und die Eindämmung der Naturkatastrophen. Und in diesem Rahmen spielen die Akteure der Bauwirtschaft eine entscheidende Rolle. Allerdings ist es nicht einfach, die Prioritäten von Wirtschaft, Politik und Umwelt in Einklang zu bringen. Mit dieser komplexen Aufgabe befasst sich der Staatsrat Roberto Schmidt. Interview.

Welche Rolle nehmen die Akteure der Bauwirtschaft im Bereich der Nachhaltigkeit ein?

Die Branche ist in mehreren Bereichen von zentraler Bedeutung. Nur schon bei der Renovation des Immobilienparks befinden sich die Unternehmen der Bauwirtschaft im Zentrum des Prozesses. Dasselbe gilt natürlich gleichermassen für neue Bauwerke. Aber auch in den Bereichen Energie, Natur und Infrastrukturen in Zusammenhang mit den Naturgewalten ist ihre Rolle entscheidend. Als Beispiele können der Unterhalt und die Sicherung von Strassen, die von Hochwasser betroffen sind, oder die Erhöhung der Wasserkapazität von alpinen Stauseen angeführt werden.

In Bezug auf den Immobilienpark des Kantons ist der Renovationsrhythmus viel zu langsam, um die Ziele der Energiestrategie zu erreichen. Wie bedeutend ist dieser Rückstand?

Im Wallis sind die Wohnungen für 40 % des Energieverbrauchs verantwortlich. Die energetische Renovation des Immobilienparks birgt deshalb ein enormes Sparpotenzial. Aber es geht viel zu langsam vorwärts. Wir wissen zum Beispiel, dass von den 115'000 Wohnungen des Kantons 70'000 über 40 Jahre alt sind. Sie sind im Allgemeinen schlecht oder gar nicht isoliert und werden zudem grösstenteils mit fossiler Energie (Öl, Gas) geheizt. Heute können wir nur 600 bis 700 Gebäude pro Jahr energetisch sanieren. Und von den 51'000 Heizungen, die mit fossiler Energie betrieben werden, können jedes Jahr nur 300 bis 400 durch Systeme mit erneuerbarer Energie ersetzt werden. Bei diesem Rhythmus wird ein nachhaltiger Immobilienpark erst nach mehreren Generationen möglich sein.

Müsste der Kanton in diesem Zusammenhang nicht sofort viel verbindlichere Massnahmen durchsetzen, um die Veränderungen in möglichst kurzer Zeit umzusetzen?

Das ist nicht so einfach. Zahlreiche politische und wirtschaftliche Akteure widersetzen sich allzu einschränkenden Massnahmen. Dasselbe gilt für alle Industriesektoren, die von fossiler Energie abhängig sind. Auch bei einigen Verbänden von Immobilienbesitzern ist eine

Opposition zu beobachten. Obwohl die Bevölkerung immer stärker für die Umweltaspekte sensibilisiert ist, werden einschränkende und kostspielige Massnahmen nicht unbedingt akzeptiert.

Welche Strategie verfolgen Sie diesbezüglich?

Wir müssen behutsam vorgehen, um diejenigen Kreise, die Widerstand leisten, nicht frontal anzugreifen. Deshalb setzen wir statt auf Einschränkungen vor allem auf Anreize wie finanzielle Unterstützungen. Die Eigentümer sollen dazu angeregt werden, die Effizienz ihrer Immobilien zu verbessern, wobei ihnen eine gewisse Freiheit in der Wahl der Technologien und Energiesysteme zugestanden wird. Das neue Energiegesetz sieht ein kantonales Beratungsprogramm für ältere Gebäude vor. Die Eigentümer sollen im Rahmen einer Renovation in ihrer Reflexion und Vorgehensweise unterstützt werden. Schliesslich müssen auch die Kosten berücksichtigt werden, die bei der Modernisierung einer Wohnung für den Eigentümer anfallen. Auch wenn die nachhaltige Entwicklung natürlich eine Priorität darstellt, darf sie für die konkret Betroffenen trotzdem nicht zu einer finanziellen Belastung werden.

Steht dieses vorsichtige, eher schleppende Vorgehen nicht in Widerspruch zum beunruhigenden Rückstand, den Sie in Bezug auf den Rhythmus der energetischen Renovationen beschreiben?

Auf den ersten Blick scheint es so zu sein. Aber es ist besser, langsam

und sicher voranzukommen, als die verschiedenen betroffenen Akteure mit einem allzu brüskten Vorgehen zu überfallen. Ich bin jedoch zuversichtlich, weil die Mentalitäten sich entwickeln. Gleichzeitig ist es klar, dass für alle Beteiligten immer höhere Kosten anfallen, wenn nicht nachhaltig renoviert oder gebaut wird. Dies gilt für Eigentümer, Unternehmer und Mieter. Allmählich sollte nachhaltiges Renovieren und Bauen deshalb die Oberhand gewinnen. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die nationalen Subventionen des Gebäudeprogramms theoretisch im Jahr 2030 auslaufen. Dieser Umstand dürfte zahlreiche Eigentümer dazu veranlassen, in den kommenden Jahren etwas zu unternehmen.

Das neue kantonale Energiegesetz bildet ebenfalls ein wichtiges Instrument in Bezug auf die Energieeffizienz. Wo steht dieses Gesetz heute?

Der Gesetzesentwurf liegt gegenwärtig beim Grossen Rat, der ihn im Herbst behandeln wird. Erstmals werden wir in einem Gesetz die energetischen Ziele für 2035 festlegen. Die Installation von Heizungen mit fossiler Energie in Neubauten wird verboten und ihr Austausch in bestehenden Gebäuden sollte beschleunigt werden. Über das Beratungsprogramm regen wir im gesamten Kanton prioritär die Sanierung der 3500 Immobilien mit einer Fläche über 800m² an. Mit einer verbesserten Energieeffizienz in diesem Segment des Immobilienparks

wird bereits eine Reduktion des energetischen Fussabdrucks der Wohnungen um 50% ermöglicht.

Verfügt das Wallis noch über andere Trümpfe, um den Rückstand bei der Nachhaltigkeit der Immobilien aufzuholen?

Das Wallis ist ein Kanton mit einem hohen Anteil an Wohnungseigentümern. Das ist für uns ein Vorteil. Es ist unter diesen Voraussetzungen nämlich einfacher, über Anreize eine nachhaltige Politik umzusetzen. In anderen Regionen mit einem hohen Anteil an Mietwohnungen werden gewisse Massnahmen tendenziell eher blockiert, da ihre Kosten höhere Mieten zur Folge haben, was nicht erwünscht ist. Im Energiebereich müsste der öffentliche Sektor seine Verantwortung übernehmen. Der Kanton und die Gemeinden können mit gutem Beispiel vorangehen, insbesondere was die Gebäude, die technischen Installationen, die öffentliche Beleuchtung, den Fahrzeugpark und die Produktion von Sonnenenergie betrifft. Sie können sich durchaus noch verstärkt einsetzen, um die Entwicklung einer nachhaltigen Vision zu fördern. In diesem Rahmen verfügt das Wallis bereits über mehrere Beispiele, bei denen die gemeinsame Nutzung neuer energetischer Infrastrukturen den Anschluss zahlreicher Wohnungen ermöglicht hat. Gleichzeitig werden auch noch ungenügend genutzte lokale Rohstoffe wie das Holz gefördert.

«Das Ziel war immer die Verbesserung des Unternehmeralltags»

Im Juni dieses Jahres tritt der Präsident des WBV, Alain Métrailler, zurück. Rückblick auf 16 Jahre Interessensvertretung der Bauwirtschaft, davon 8 Jahre als Präsident, in einem bewegten und immer komplexeren Kontext.

Ein Unternehmer ist es nicht gewohnt, eine Bilanz zu ziehen. Normalerweise blickt er nach vorne, antizipiert und trifft schon die nächste Entscheidung. Alain Métrailler lächelt, als er auf die 16 Jahre Vorstandsarbeit im WBV, davon 8 Jahre als Präsident des Verbands, zurückblickt.

Er fasst diese Zeit offen und ehrlich zusammen: «Als ich mich zu dieser Arbeit verpflichtete, war es für mich ein grosses Anliegen, zur Verbesserung des Alltags der Unternehmer beizutragen. Ich bemerkte rasch, dass unsere Probleme weder neu noch überraschend waren. Das zeigt uns auch die Geschichte der Bauwirtschaft im Wallis, mit der wir uns anlässlich des 100-jährigen Bestehens des WBV auseinandersetzten. Bereits vor 100 Jahren kämpften unsere Vorgänger gegen die Negativspirale der Preise und den unlauteren Wettbewerb und sie machten sich Sorgen um den Nachwuchs und die Qualität der Ausbildung. Es war für mich deshalb sofort klar, dass das Ziel nicht in der Suche nach definitiven Lösungen für

die branchenspezifischen Probleme liegen konnte. Es wäre bereits ein schönes Ergebnis, wenn man in einem Kontext der ständigen Bewegung die Richtung und die Details der Veränderungen beeinflussen könnte.»

Für den Unternehmer bedeutete das Präsidium eines solchen Verbands «den richtigen Platz einzunehmen, um die wichtigen Dossiers ein klein wenig voranzutreiben sowie zur Entwicklung der Gesinnung und des Rufs der Bauwirtschaft beizutragen. In diesem Sinn verankerte ich meine Vision als Präsident in dieser Bewegung zur Aufwertung der Branche. Ihre Interessen sollten von den Entscheidungsträgern aus der Politik unbedingt berücksichtigt werden.»

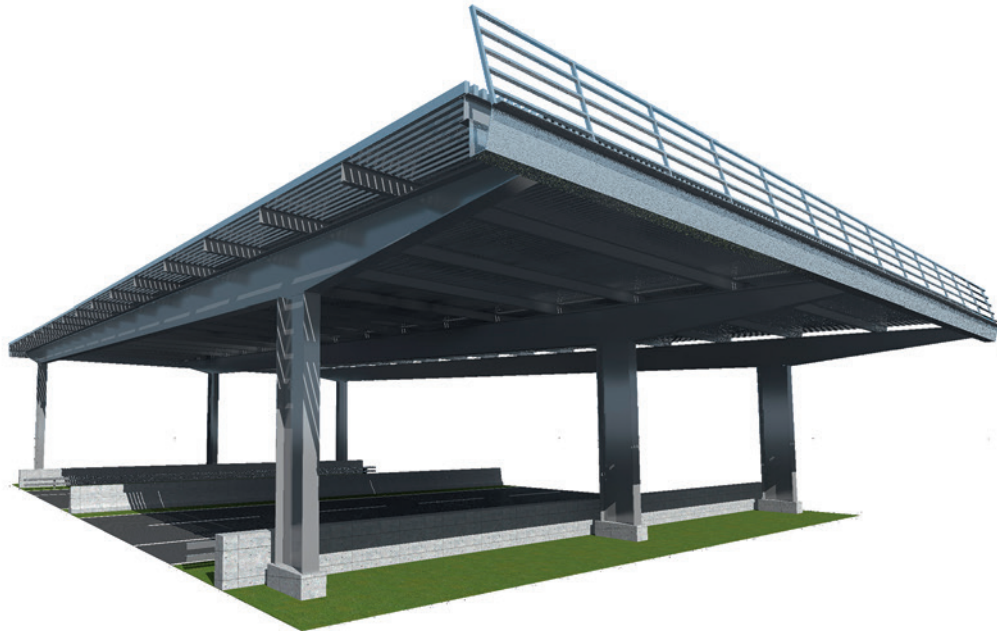
Alain Métrailler ist überzeugt: «Viele sind sich leider der Tatsache nicht bewusst, dass wir gegenwärtig in einer grossen Krise stecken. Die Anzahl der Gesetze nimmt ständig zu und die Verwaltung ist für deren Umsetzung von entscheidender Bedeutung. Allerdings verrichtet sie ihre Arbeit abgeschottet von der Realität, ohne

jeglichen Pragmatismus und vor allem ohne Priorisierung. Deshalb stehen wir nicht nur vor einer grossen Herausforderung, sondern vor einem wichtigen gesellschaftlichen Problem. Der Unternehmer ist mit einer Entwicklung konfrontiert, die sich ständig weiter von seinem Alltag, seiner Unternehmensfreiheit, seinen Entscheidungen und seiner Risikobereitschaft entfernt. In diesem Spannungsfeld ist die Verbandsarbeit längerfristig unentbehrlich.

Alain Métrailler ist nicht daran interessiert, die Zukunft vorauszusagen oder eine eigene Spur zu hinterlassen. Ganz ruhig schliesst er mit folgenden Worten: «Die nächsten Präsidenten werden ihre Vision mitbringen, die nicht mit meiner eigenen übereinstimmen muss. Sie werden neue Prioritäten setzen und vor allem neue Energie einbringen. Von all dem kann der Verband nur profitieren. Unsere gemeinsame Arbeit sollte jedoch nachhaltig sein. Sie muss den Erwartungen der Mitglieder entsprechen und in einem Geist der konstruktiven Partnerschaft erfolgen.»



Alain Métrailler, Président des WBV



3D-Visualisierung des EnergyPier-Projekts auf dem A9-Abschnitt von Fully ↑

Die Energiewende, das ungenutzte Potenzial der Autobahnen

Auf den ersten Blick scheint das Projekt ein bisschen verrückt zu sein: die Autobahnen mit Solarpanels und kleinen Windrädern abdecken. Dabei ist diese revolutionäre Idee des Start-ups EnergyPier durchaus realistisch und angesichts der aktuellen Herausforderungen im Energiesektor äusserst relevant. Vorstellung.

Im angespannten Kontext der Energiewende müssen dringend innovative und gleichzeitig realistische Projekte entworfen und umgesetzt werden. Das neue Paradigma, das sich in der Schweiz nach und nach abzeichnet, erfordert vielfältige nachhaltige Infrastrukturen, die einander ergänzen und eine Hebelwirkung erzeugen. Unter ihnen befinden sich die Sonnen- und Windenergie. Soweit nichts

Neues. Ausser, wenn es darum geht, diese Systeme auf unseren Autobahnen zu installieren.

Ein avantgardistisches Projekt, das seit mehreren Jahren im Deutschschweizer Start-up EnergyPier entwickelt wird, könnte zur Verwirklichung dieser Vision führen. Konkret besteht die Idee in der Nutzung des Energiepotenzials

der Autobahnen, indem diese mit Solarpanels abgedeckt werden. Ausserdem könnte damit auch der Lärmpegel des Verkehrs gesenkt werden. «Unser Ansatz ermöglicht gleichzeitig die Produktion von nachhaltiger Energie, die Reduktion der Lärmemissionen um 5 bis 8 Dezibel und den Schutz des Asphalts vor Witterungseinflüssen», betont der CEO und Ingenieur Laurent David Jospin. «Im Winter muss nicht gepflügt und gesalzen werden und im Sommer wird der Belag vor Hitze und ihren strukturellen Auswirkungen geschützt.»

Pilotprojekt im Wallis

Um die Machbarkeit des Projekts unter Beweis zu stellen, hat EnergyPier zwei erfolgversprechende Standorte zwischen der Deutschschweiz und dem Wallis ausgewählt. Ziel: der Bau von Pilotinstallationen zu Demonstrationszwecken. In der Umgebung von Fully soll ein Abschnitt von 1,6 km der Autobahn A9 abgedeckt werden. Mit 76'800m² Solarpanels und den anschliessend installierten Windrädern würde das System rund 50 GWh pro Jahr produzieren, was dem Verbrauch von 12'500 Haushalten entspricht. Das Einverständnis des ASTRA (siehe Kasten) betrifft ursprünglich die Solarpanels. Die Windräder können nur aufgestellt werden, wenn bewiesen ist, dass die Strassennutzer in keiner Weise gefährdet sind. Vorerst werden also das Energiepotenzial und die Sicherheitsaspekte der Windräder mit Windmessern überprüft.

Das Projekt steht in den Startlöchern und wartet auf den Entscheid des Kantons. Die Kosten für die Realisierung der Infrastruktur in Fully werden auf 40 Millionen Franken geschätzt. «Hinsichtlich der Rentabilität ist unsere Installation durchaus mit einer Staumauer für die Nutzung der Wasserkraft vergleichbar», fügt Laurent David Jospin hinzu. «Nach der Nutzung des Potenzials in der Schweiz möchten wir dieses neue Know-how in den Bereichen Industrie und Ingenieurwesen auch exportieren, um die Schweizer Position in diesem Bereich, der immer grössere strategische Bedeutung erhält, zu stärken».

In der Schweiz besteht ein bedeutendes Potenzial. Mit der Abdeckung eines Drittels des Autobahnnetzes durch diese Art von Installation könnten die aktuellen Energiekapazitäten unserer Kernkraftwerke erreicht werden.

Die Ansicht des ASTRA

Das Bundesamt für Strassen ist in die Reflexionen und Entscheidungen in Zusammenhang mit dem Projekt involviert und zeigt sich für die Idee der Abdeckung der A9 mit Solarpanels offen. In der Deutschschweiz sind bei gewissen Strassen im Aargau bereits seit mehreren Jahren Schallschutzwände mit Solarpanels abgedeckt. Betreffend das avantgardistische Projekt von EnergyPier besteht die grösste Sorge des ASTRA in der Gewährleistung der Sicherheit sowohl für die rund 40'000 Fahrzeuge als auch für die Arbeiter, die sich jeden Tag auf dieser Strasse befinden. «Diese Sicherheitsaspekte müssen wir während der Bauphase, aber auch während des gesamten Lebenszyklus des Bauwerks, aufmerksam überwachen», betont der ASTRA-Sprecher Guido Biemann. «Diese Anforderungen kommen zum Aufrechterhalten des Verkehrs hinzu. Es ist nämlich nicht möglich, die Autobahn während längerer Dauer für Bau- oder Wartungsarbeiten zu schliessen.» Ein anderer Aspekt, der überprüft werden muss: die Helligkeit. Die Abdeckung der Fahrbahn kann, auch beim Modell einer Galerie, die Installation eines Beleuchtungssystems erfordern.



EBA-Ausbildung: eine doppelt gute Idee

Die EBA-Ausbildung hat zwei positive Aspekte: Personen, die schulische Schwierigkeiten haben oder aus dem Ausland kommen, wird die Möglichkeit geboten, sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Gleichzeitig können die Arbeitgeber junge Leute rekrutieren. Die Ausbildung ist nicht sehr bekannt, aber gewisse Lehrbetriebe bieten sie an. Vorstellung.

Dies ist ein eher unbekannter Bildungsweg. Er trägt jedoch dazu bei, zwei wichtige Probleme zu lösen, sowohl auf beruflicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Das eidgenössische Berufsattest (EBA) ist ein zusätzliches Mittel im Kampf gegen den Mangel an Arbeitskräften, eine der grössten Herausforderungen der Bauwirtschaft, welche die Jugendlichen nur schwer für ihre Berufe interessieren kann. Gleichzeitig können Personen mit einem schwierigen Schulverlauf ins Arbeitsleben integriert werden. Eine zweijährige Lehre führt zum EBA. Dieser Abschluss ermöglicht zudem die Weiterführung der Ausbildung zum EFZ.

«Diese Ausbildung wurde konzipiert, um Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten zu helfen. Je nach Möglichkeiten und Ergebnissen der Kandidatinnen und Kandidaten kann auch direkt das zweite Jahr der Ausbildung zum EFZ integriert werden», präzisiert Tanja Fux, Chefin der Dienststelle für Berufsbildung. «Für die Unternehmen bietet das EBA somit eine zusätzliche Möglichkeit, Jugendliche zu rekrutieren.»

EBA und EFZ: dasselbe erfolgreiche duale Modell

Im Allgemeinen ist die Ausbildung zum EBA gleich aufgebaut wie diejenige zum EFZ. Die Jugendlichen absolvieren eine praktische Ausbildung im Unternehmen

und besuchen den Unterricht in der Berufsfachschule. Einziger Unterschied: Das theoretische Programm ist angepasst. Die schulischen Anforderungen sind etwas geringer, damit die Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten trotzdem eine vollwertige und anerkannte Berufsausbildung absolvieren können.

Neben der Berücksichtigung der schulischen Probleme bietet das EBA auch denjenigen Personen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt, welche die Sprache ungenügend beherrschen oder auf ihrem Lebensweg anderen Schwierigkeiten begegnet sind. Diesen Bildungsweg bietet zum Beispiel das Tiefbauunternehmen Bativa in Sitten an. Yemane Mussie ist 2015 als politischer Flüchtling in die Schweiz gekommen. Er hat sein EBA mit ausgezeichneten Ergebnissen abgeschlossen und bildet sich nun im Unternehmen weiter zum Maurer EFZ.

«Wir sind sehr froh, dass wir mit Yemane auf einen so motivierten und pflichtbewussten jungen Auszubildenden zählen können», betont Gaëtan Reynard, Direktor von Bativa. «In unserem Sektor wird es immer schwieriger, Jugendliche für eine Ausbildung zu motivieren. In diesem Sinn bilden die jungen Migrantinnen und Migranten vielleicht einen Pool von Talenten, mit dem wir das Nachwuchsproblem angehen könnten. Dies ist insbesondere mit motivierten Personen der Fall, für die das EBA eine Möglichkeit zur sozialen und beruflichen Integration darstellt.»



Stellen Sie dem WBV Ihre Fragen
direkt info@ave-wbv.ch und finden
Sie alle Antworten auf [ave-wbv.ch](https://www.ave-wbv.ch)

Ihre Fragen an den WBV

Die Spezialisten des Walliser Baumeisterverbandes
geben Ihnen Antworten zu rechtlichen, technischen
oder sozialversicherungstechnischen Aspekten.



Yvan Jollien

Vizedirektor,
Verwalter der Sozialkassen

Wie kann ich mit dem BVG Steuern sparen?

Das Schweizer System der drei Säulen beruht auf einem
helvetischen Grundsatz: Solidarität und individuelle
Verantwortung.

Im Gegensatz zu den AHV-Leistungen [1. Säule], die
gemäss dem Grundsatz der Solidarität finanziert werden,
basiert die berufliche Vorsorge BVG [2. Säule] auf einem
System der individuellen Kapitalisierung mit dem Ziel,

nach der Pensionierung den gewohnten Lebensstandard
aufrechterhalten zu können.

Das wichtigste Ziel des Vorsorgeplans der PKBW besteht
zwar darin, alle zwingenden Bestimmungen des GAV
einzuhalten und bei Invalidität bessere Leistungen
auszuzahlen. Die Kasse bietet jedoch auch Optionen an,
mit denen höhere Altersleistungen garantiert werden.

Der Abschluss eines Spar-Rahmenplans für alle
Mitarbeitenden oder für gewisse Personalkategorien
ermöglicht zum Beispiel die Bildung eines
zusätzlichen individuellen Kapitals. So erhöhen Sie
Ihr Freizügigkeitskapital, mit dem Sie eine allfällige
Vorsorgelücke schliessen können. Sie können dieses
zusätzliche Kapital aber auch nutzen, um Wohneigentum
zu finanzieren oder die Altersrente zu erhöhen.

Und das ist alles steuerfrei. So können Sie Ihr Geld
effizienter einsetzen!

Ausserdem sind die Sparzinsen beim BVG höher als bei
einem Sparkonto auf der Bank. Innerhalb der letzten 10
Jahre hat die PKBW zum Beispiel viermal einen Zinssatz
über dem BVG-Minimum gewährt [3 % im Jahr 2021].

Wie soll ein Praktikant bezahlt werden?

Die Unternehmen werden regelmässig kontaktiert, um Praktikanten anzustellen, deren Lohn teilweise durch Art. 45 LMV geregelt ist. Mehrere Fälle sind möglich: Studierende, die während der Ferien auf den Baustellen einen Nebenerwerb ausüben; Jugendliche, die das 17. Altersjahr noch nicht erreicht haben; branchenfremde Arbeitnehmende; körperlich und/oder geistig nicht voll leistungsfähige Arbeitnehmende. In diesen Fällen darf das Praktikum nicht länger als zwei

Monate dauern und der Lohn muss sich zwischen dem eines Lernenden und dem der Klasse C befinden. Diese Regelung wird allerdings nicht strikt angewendet. Die paritätische Berufskommission (PBK) verfügt in Ausnahmesituationen über einen Ermessensspielraum. In diesen Fällen ist es wichtig, rechtzeitig mit der PBK Kontakt aufzunehmen, um eine geeignete Lösung zu finden, welche die Interessen der betroffenen Parteien berücksichtigt. Dies kann



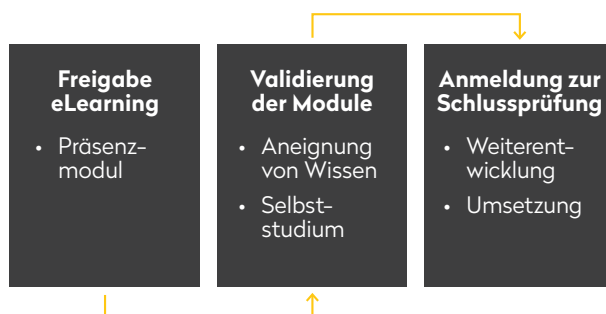
Anthony Lamon
Anwalt, Arbeitgebersekretär

zum Beispiel der Fall sein, wenn eine Person wiederingegliedert werden soll und ihr anschliessend eine Lehrstelle angeboten wird.

Welche Veränderungen gibt es in der Berufsbildung?

Die Technologie in der Berufsbildung entwickelt sich täglich weiter und E-learning gewinnt immer mehr an Bedeutung. Der WBV möchte dynamisch bleiben und mit den neuesten Technologien Schritt halten. Daher hat er einen E-Campus eingerichtet, um die Ausbildungsoptionen für Baufachleute zu erleichtern.

Die Herausforderung und Chance besteht darin, dass man qualitativ gute Branchenspezifische Aus- und Weiterbildungen anbietet. Bedürfnisorientiert für die Lernenden und Unternehmer offerieren wir Ausbildungen im Format E-learning oder in Kombination von Präsenzunterricht und E-learning an.



Unsere aktuellen Ausbildungen

- **BauAV 2022**
Mit der E-learning-Schulung besteht die Möglichkeit Ihre Mitarbeiter über die Veränderungen der BauAV 2022, mit einer Kursbestätigung, zu schulen.
- **Baumaschinenausbildung Basiskurs M1**
Der Baumaschinengrundkurs M1 wird neu mit Selbststudium und Präsenzunterricht durchgeführt, der das theoretische und praktische Lernen verstärkt, die Möglichkeit bietet, Fragen zu stellen und das Sicherheitswissen mit Praxis zu festigen.



Kilian Lötscher
Vizedirektor, Bildungs- und Sicherheitsverantwortlicher





46°17'06.6' N

6°57'04.5' E

Démontage de la raffinerie Tamoil à Collombey-Muraz,
mars 2022

Abriss der Tamoil-Raffinerie in Collombey-Muraz,
März 2022